

Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Dr. Harald Resch

Präsident der Arbeiterkammer Oberösterreich

Leiter der AK-Abteilung Consult

**AK-Wertschöpfungsbarometer:  
Die Arbeitnehmer tragen die Hauptlast  
der Krisenbewältigung!**

Pressekonferenz

Mittwoch, 10. März 2010, um 11.00 Uhr

in der Arbeiterkammer Linz

***Die Arbeiterkammer Oberösterreich wertet die Jahresabschlüsse mittlerer und großer Unternehmen in Österreich seit dem Jahr 2002 kontinuierlich aus. Aktuell wurde diese Auswertung um die Daten der verwendbaren Jahresabschlüsse 2008 erweitert. Die Untersuchung zeigt, dass Österreichs Unternehmen Jahr für Jahr immer besser an jeder einzelnen Mitarbeiterin und jedem einzelnen Mitarbeiter verdienten. Auch im schon von der Krise betroffenen Jahr 2008 zeigen sich keine deutlichen Veränderungen. Der Überschuss pro Beschäftigter/pro Beschäftigtem, der den Unternehmen im Jahr 2008 durchschnittlich verblieb, betrug knapp 37.000 Euro. Er hat sich gegenüber dem Spitzenjahr 2007 nur minimal verändert und lag somit um 53 Prozent über dem Wert von 2003 bzw. 46 Prozent über dem Wert von 2002. Die Ressourcen für innovative Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung sind in den Unternehmen also vorhanden – sie müssen jetzt auch endlich genutzt werden.***

## **Auch in Krisenzeiten glänzen die Beschäftigten in Österreich mit hoher Produktivität**

Die Produktivität der Beschäftigten in österreichischen Unternehmen ist in den letzten Jahren merklich gestiegen. Die im Jahr 2008 erfasste Gruppe von Unternehmen weist eine um 28,2 Prozent höhere Wertschöpfung je Beschäftigter/je Beschäftigtem auf als jene des Jahres 2002.

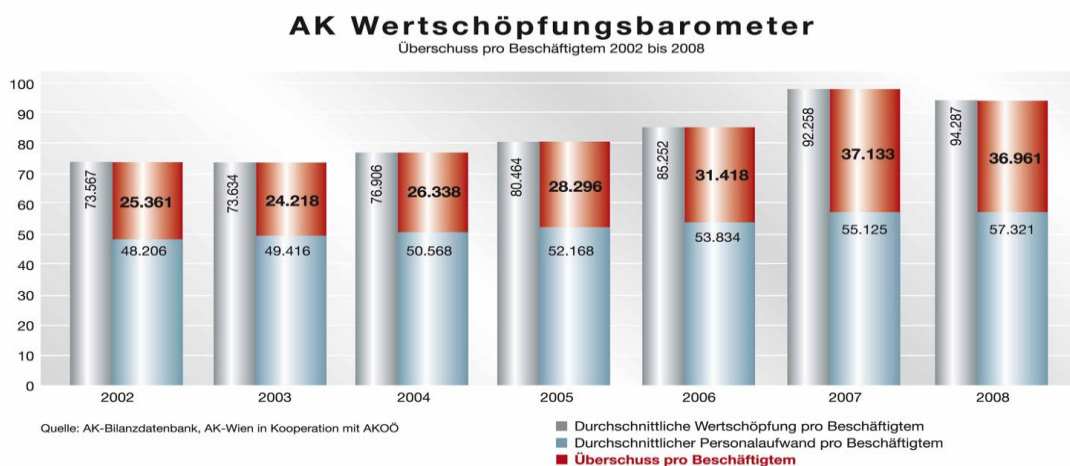
Die Produktivität wurde auch im Jahr 2008, das bereits von der Krise betroffen war, gesteigert – wenn auch abgeschwächt. Die Wertschöpfung je Beschäftigter/je Beschäftigtem ist gegenüber 2007 noch einmal um 2,2 Prozent angestiegen.

Auch die höheren Lohn- und Gehaltsabschlüsse 2008 haben für die Unternehmen trotz Krisenbeginn keinerlei Problem dargestellt. Der Überschuss, den die Unternehmen im Verhältnis zum Personalaufwand erzielten, ist de facto genau so hoch wie der im Spitzenjahr 2007.

Hervorzuheben ist, dass von den 1030 Unternehmen, die in die Untersuchung eingegangen sind, 73 Unternehmen für Zeiträume zwischen November 2008 und 2010 Kurzarbeit beantragt haben. 22 weitere Unternehmen der Untersuchungsstichprobe haben Kurzarbeit für den Zeitraum zwischen Juni 2009 und 2010 beantragt.

## AK-Wertschöpfungsbarometer ergibt: 37.000 Euro Überschuss pro Mitarbeiter

Der AK-Wertschöpfungsbarometer ermittelt die Differenz zwischen der Wertschöpfung und dem Personalaufwand pro Beschäftigter/pro Beschäftigtem. Diese Differenz wurde im Laufe der letzten Jahre deutlich zu Gunsten der Unternehmen vergrößert. Trotz der Ende 2008 beginnenden Krise wurde auf betrieblicher Ebene der hohe Wert des Jahres 2007 nahezu wieder erzielt. Das zeigt die folgende Grafik (Werte in Euro):



Pro Beschäftigter/pro Beschäftigtem blieben den Unternehmen im Jahr 2008 durchschnittlich knapp 37.000 Euro. Dieser Wert liegt nominell, also ohne Inflationsbereinigung um 46 Prozent über dem Wert des Jahres 2002 und sogar um

53 Prozent über dem des Jahres 2003. Anders ausgedrückt: Die 2008 untersuchten Unternehmen verdienten an jeder Arbeitnehmerin/an jedem Arbeitnehmer nominell um durchschnittlich 46 Prozent bzw. 53 Prozent mehr als jene im Jahr 2002 bzw. 2003.

Die durchschnittliche Wertschöpfung pro Beschäftigter/pro Beschäftigtem ist 2008 um fast 65 Prozent höher als der Personalaufwand pro Beschäftigter/pro Beschäftigtem. Hier wird deutlich, dass auch Reserven für Arbeitsplatzsicherungsmaßnahmen, Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich selbst in der Krise vorhanden sind.

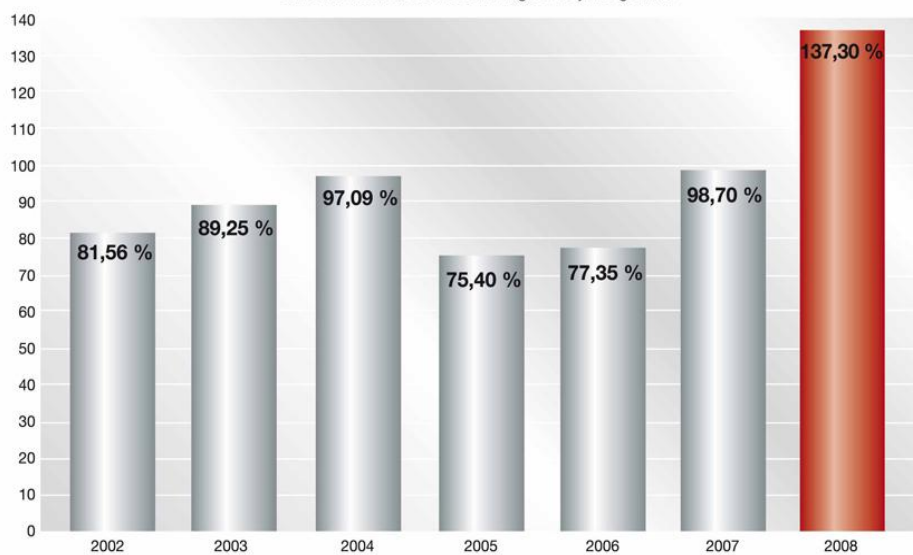
## **Unternehmen leisteten sich hohe Ausschüttungen**

Unternehmen rechtfertigen überdurchschnittliche hohe Gewinne bei gleichzeitig moderater Lohnentwicklung damit, dass in „guten Jahren“ ein Polster für die Verbesserung des Eigenkapitals und der Liquidität aufgebaut werden müsse. Dadurch könnten sie sich mittelfristig gegen zu erwartende Rückschläge im Konjunkturabschwung schützen. Die Analyse der Jahresabschlüsse zeigt, dass dies in der Realität nicht oder insgesamt unzureichend erfolgte. Denn die Unternehmen schütteten die Überschüsse in immer höherem Ausmaß an die Eigentümer/-innen aus.

Im Jahr 2008 belasteten die gewährten Gewinnausschüttungen aus dem Jahr 2007 die erwirtschafteten Jahresüberschüsse 2008 mit 137,3 Prozent – ein bisheriger Rekord. Und sie lagen seit 2002 in keinem einzigen Jahr unter 75,4 Prozent.

## Belastungen der erwirtschafteten Jahresüberschüsse

durch die tatsächliche Ausschüttung der Vorjahresgewinne



Quelle: AK-Bilanzdatenbank, AK-Wien in Kooperation mit AKOÖ

In absoluten Geldwerten stiegen die Auszahlungen an die Eigentümer seit dem Jahr 2003 Jahr für Jahr rasant an - von durchschnittlich 7.928 Euro pro Beschäftigter/pro Beschäftigten im Jahr 2002 auf 15.884 Euro pro Beschäftigter/pro Beschäftigten im Jahr 2008.

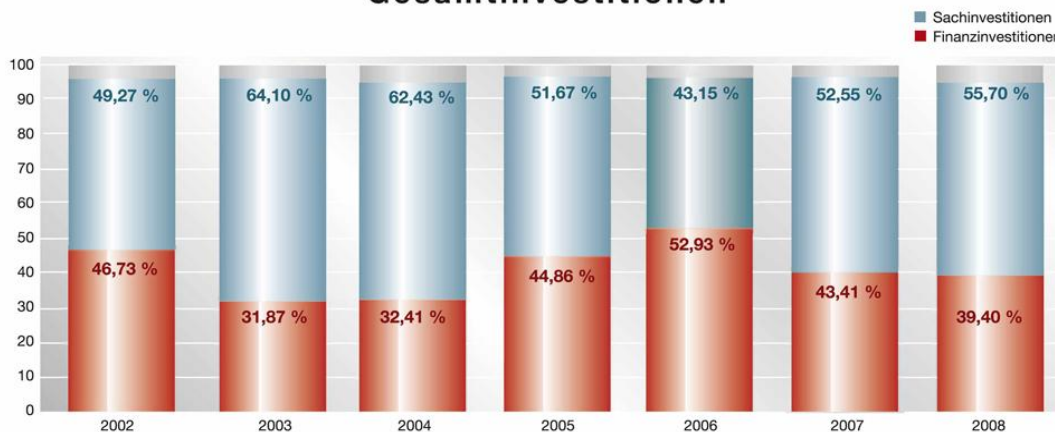


Da der erwirtschaftete Überschuss vor allem zur Befriedigung der Kapitalinteressen der Eigentümer/-innen und nicht zur nachhaltigen Verbesserung des Eigenkapitals und der Liquidität der Unternehmen genutzt wurde, ist die Forderung nach weiteren Lohnzurückhaltungen und nach weiterer Arbeitszeitflexibilisierung – also de facto Reduktion der Überstundenzuschläge - völlig unangebracht.

## **Gewinnausschüttungen stiegen – Investitionen sanken**

Die Investitionen sind im Vergleich zum Jahr 2007 zurückgegangen. Positiv ist aber der Trend von Finanz- hin zu Sachinvestitionen, der weiter anhält.

## Anteil der Sach- und Finanzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen



Quelle: AK-Bilanzdatenbank, AK Wien in Kooperation mit AKÖÖ, die Differenzen auf 100 Prozent entsprechen Investitionen in immaterielle Güter

## Schlussfolgerungen

Die Mitarbeiter/-innen haben einen wesentlichen Anteil daran, dass sich die Leistungsfähigkeit der österreichischen Unternehmen sehen lassen kann und dass die Betriebserfolge in den letzten Jahren „fett“ ausgefallen sind.

## Die Beschäftigten haben schon genug für die Krisenbewältigung bezahlt

- Aussetzverträge und Arbeitslosigkeit haben die Einkommen radikal geschmälert:

Im aktuell analysierten Bilanzzeitraum (1. Juli 2007 bis 31. Mai 2009) explodierte die Arbeitslosigkeit. So stieg die Zahl der Arbeitslosen in Oberösterreich vom Juni 2008 auf Juni 2009 auf 26.478. Dies entspricht einem Anstieg von 63,3 Prozent. Die Anzahl der dabei betroffenen Männer hat sich beinahe

verdoppelt. Aus dem Arbeitsklima Index wissen wir, dass für 43 Prozent der Arbeitslosen das Einkommen (Nettoersatzrate) nicht zum Leben ausreicht.

- Kurzarbeit hat das verfügbare Einkommen reduziert und wird über Sozialversicherungsanteile (Arbeitslosenversicherung) der Beschäftigten mitfinanziert. Durch das starke Engagement der Gewerkschaften bei den Verhandlungen um Kurzarbeitsvereinbarungen konnte in vielen Bereichen der Einkommensverlust auf maximal 10 Prozent beschränkt werden. Ausgehend vom oberösterreichischen Medianeinkommen 2008 für Männer von € 2.266,- bedeutet dies einen monatlichen Verlust von € 227,-. Für viele von Kurzarbeit Betroffene ist jedoch ein Verzicht auf mehr als 200 Euro im Monat eine enorme Belastung.
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden unter Druck gesetzt, um auf Einkommen zu verzichten. Auch hohe Funktionäre/-innen der Wirtschaft haben versucht, Kurzarbeitsvereinbarungen zu verhindern und über Aussetzverträge und den Zwang in die Teilzeit die Krise zu überwinden. Teilzeitvereinbarungen unter Zwang reduzieren jedoch das Einkommen der Betroffenen ohne die Sicherheitspolster einer Kurzarbeit.

Dies sind nur ein paar Einblicke in die Kosten der Arbeitnehmer/-innen für die Krisenbewältigung. Blickt man auf das kommende zu erstellende Budget Österreichs, so zeichnen sich weiter Gewitterwolken über den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ab. Mineralölsteuererhöhung und Umsatzsteuererhöhung sind nur ein paar der angedachten Maßnahmen, die Arbeitnehmer/-innen und sozial Schwache überproportional treffen würden.

## **Dies heißt für die AK: Der Faktor**

### **Arbeit muss entlastet werden**

- Die Leistung der Beschäftigten muss entsprechend abgegolten werden. Zu geringe Lohnerhöhungen schwächen die Kaufkraft in Österreich und werden so zum Bumerang. Einerseits überhöhte Gewinnausschüttungen vorzunehmen und andererseits Lohnzurückhaltung zu fordern, ist nicht akzeptabel.

- Gerade die Kurzarbeit hat gezeigt, dass Arbeitszeitverkürzung ein wirksames Mittel zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur besseren Aufteilung der Arbeit auf mehr Menschen darstellt. Dieser Weg ist auch außerhalb der Krise mit entsprechendem Lohnausgleich fortzusetzen. Innovative Modelle wie die Fünfer-Schicht oder Vier-Tage-Wochen sind auf betrieblicher Ebene einzuführen.
- In Betrieben mit guter Auftragslage sollen Überstunden reduziert und dadurch zusätzlichen Menschen Arbeit geboten werden. Allein im zweiten Quartal 2009 – also mitten in der Wirtschaftskrise – wurden in Österreich von rund 750.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 6,2 Millionen Überstunden geleistet. Eine Verteuerung der Überstunden (etwa durch höhere Zeitzuschläge) würde Unternehmen dazu bringen, ähnlich wie beim Mehrarbeitszuschlag für Teilzeitkräfte nach Alternativen zu suchen und Arbeitsplätze zu schaffen.
- Unternehmen, die eine „hire-and-fire“-Beschäftigungsstrategie verfolgen oder durch Aussetzverträge Kosten auf die Arbeitslosenversicherung abwälzen, sollen höhere Arbeitslosenversicherungsbeiträge bezahlen müssen.
- Die Dienstgeber-Sozialabgaben sind von der gesamten Wertschöpfung und nicht nur von der Lohnsumme eines Unternehmens zu berechnen.
- Managergehälter müssen reguliert werden: Die als Betriebsausgaben abzugsfähigen Bezüge und Abfindungen sollen begrenzt und Prämien an die Erfüllung gesetzter Ziele, wie z.B. Schaffung von Arbeitsplätzen, gekoppelt werden.
- Einer weiteren Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Erhöhungen indirekter Steuern wie z.B. der Umsatzsteuer wird die AK nicht zustimmen. Dies ist die unsozialste Form einer Verteilung von Lasten.
- Konzerne, Banken und Vermögende haben bisher keinen finanziellen Beitrag zur Bewältigung der Krise geleistet. Viele haben sogar davon profitiert. Die Sonderabgabe für Banken ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Weiter müssen folgen: Die steuerschonende Gruppenbesteuerung bei Konzernen ist einzuschränken und eine Krisensteuer auf erhöhte Gewinnausschüttungen einzuheben. Spekulationsgewinne müssen endlich steuerlich wirksam erfasst werden und eine Steuer auf Börsen-, Derivat- und Devisengeschäfte ist einzuführen. Eine Vermögenssteuer auf große Privatvermögen ist einzuführen.

Anhang:

## **Berechnungsmethode**

Die AK-Bilanzdatenbank erfasst verwendbare, veröffentlichte Jahresabschlüsse und wird von der AK Wien, Abteilung Betriebswirtschaft in Kooperation mit der AK Oberösterreich, AK-Consult geführt. Die Zusammensetzung der analysierten Unternehmen verändert sich jedes Jahr, wobei darauf geachtet wurde, dass die erfasste Gruppe ausreichend groß und ein repräsentativer Mix von Groß- und Mittelunternehmen aus Industrie/Gewerbe, Handel und Dienstleistungen enthalten sind.

Nicht einbezogen werden Non-Profit-Organisationen, Banken, Versicherungen, Krankenhäuser und Holdinggesellschaften.

Die Jahresdaten stellen jeweils die nominellen, nicht Inflationsbereinigten Werte dar.

Auf Basis dieser Daten wird die Wertschöpfung pro Beschäftigten für jedes aufgenommene Unternehmen und Jahr errechnet. Davon wird der durchschnittliche Personalaufwand (je Beschäftigtem) abgezogen und so der durchschnittliche Überschuss errechnet.

## **Die ordentliche Wertschöpfung je Beschäftigtem:**

Die Bilanzkennzahl „ordentliche Wertschöpfung“ ist jener Wert, der im betrieblichen Produktionsprozess den bezogenen Produkten (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, zugekauften Teile und Leistungen hinzugefügt wird.

Ordentliche Wertschöpfung je Beschäftigtem wird wie folgt berechnet:

Nettoumsatzerlöse  
 +/- Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen sowie an noch nicht abrechenbaren Leistungen  
 + aktivierte Eigenleistungen  
 + ordentliche übrige sonstige Erträge  
 = ordentliche Betriebsleistung  
 + Ertragszinsen  
 - Aufwand für Material und für bezogene Leistungen  
 - ordentliche übrige sonstige Betriebsaufwendungen  
 = ordentliche Wertschöpfung  
**Ord. Wertschöpfung/Beschäftigten** = ord. Wertschöpfung / durch. Beschäftigte

Das Beteiligungsergebnis ist in der ordentlichen Wertschöpfung nicht beinhaltet.

Außerordentliche Wertschöpfungsbestandteile sind in der ord. Wertschöpfung ebenfalls nicht berücksichtigt (Beispiele: Förderungen, diverse a.o. Erträge, Erträge aus Anlagenabgängen, Erträge aus Rückstellungsaufösungen, diverse a.o. Aufwendungen, Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen, Aufwand aus Finanzanlagen, Abschreibung von Wertpapieren, etc.).

Mit der Wertschöpfung je Beschäftigten kann die Leistung der Beschäftigten im Zeitablauf und innerhalb einer Branche verglichen werden.

### **Personalaufwand lt. Gewinn- und Verlustrechnung pro Beschäftigtem:**

Für die Berechnung des Personalaufwandes wurden folgende Positionen berücksichtigt: Löhne, Gehälter, Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen, Aufwendungen für Altersversorgung, Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebenen Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge und sonstige Sozialaufwendungen.

Der auf diesem Weg ermittelte Personalaufwand wird durch die durchschnittlichen Beschäftigten dividiert.

### **Die untersuchten Unternehmen:**

Die Recherche basiert auf den veröffentlichten Jahresabschlussdaten der Geschäftsjahre 2002 bis 2008 von mittleren und größeren Unternehmen mit Sitz in Österreich.

Das sind v.a. Kapitalgesellschaften mit

- einer Bilanzsumme von mehr € 4.840.000,-
- Umsatzerlösen größer als € 9.680.000,-
- und mehr als 50 Arbeitnehmern/-innen.

Um in die „Veröffentlichungspflicht“ (Offenlegung ausreichender Informationen) zu fallen müssen je Unternehmen zwei von drei Kriterien in zwei Jahren überschritten sein.

Eine Untersuchung der AK Wien im Jänner 2010 (Stichprobe 1.117 Unternehmen mit insgesamt rund 900.000 Beschäftigten) hat gezeigt: Nur 37 Prozent der großen Unternehmen hal-

ten sich in drei aufeinander folgenden Jahren an die gesetzliche Offenlegungspflicht des Jahresabschlusses – 63 Prozent halten sich nicht daran!

Folgende Anzahl an Unternehmen und Mitarbeitern wurde erfasst:

(Die unterschiedliche Anzahl der in den verschiedenen Jahren untersuchten Unternehmen resultiert aus der unterschiedlichen Zahl der für das jeweilige Jahr offengelegten und für die Studie verwendbaren Jahresabschlüsse.)

- 2002: 888 Unternehmen mit insgesamt 459.092 Beschäftigten, das sind 14,6 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich
- 2003: 1.047 Unternehmen mit insgesamt 610.897 Beschäftigten, das sind 19,2 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich
- 2004: 1.053 Unternehmen mit insgesamt 638.414 Beschäftigten, das sind 20,0 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich
- 2005: 1.115 Unternehmen mit insgesamt 660.744 Beschäftigten, das sind 20,5 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich
- 2006: 1.057 Unternehmen mit insgesamt 642.582 Beschäftigten, das sind 19,7 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich
- 2007: 999 Unternehmen mit insgesamt 615.889 Beschäftigten, das sind 18,4 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich
- 2008: 1.030 Unternehmen mit insgesamt 624.871 Beschäftigten, das sind 18,3 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich